

An alle AfD-Parteifreunde, die mit der Entwicklung unserer Partei nicht zufrieden sind.

Liebe Parteifreunde,

als wir unseren letzten Bundesparteitag in Erfurt abhielten, spitzte sich die Ukraine-Krise zu. Bernd Lucke hielt damals eine einstündige Einführungsrede, die Ukraine freilich erwähnte er mit keinem Wort. So brachte ich kurzfristig eine Resolution zu diesem Thema ein, die bei den Parteitagsbesuchern dann auf große Resonanz stieß. Offensichtlich hatten viele auf so etwas gewartet.

Heute haben wir eine ähnliche Situation. Die Ukraine ist immer noch ein heißes Thema. Darüber hinaus hat mit dem sog. *Islamischen Staat* (IS) und den Pariser Anschlägen auch das Thema *Islam* höchste Aktualität erreicht. Womit jedoch sollen wir uns vorrangig auf dem Parteitag beschäftigen: mit Steuer- und Sozialpolitik! Niemand bestreitet, dass dies wichtige politische Themen sind. Aber wer will dafür, wie z.B. ich es muss, 2 x 800 km durch die Republik fahren? Erst sollten die *brennenden* Probleme behandelt werden, dann die anderen!

Auch innerparteilich gäbe es heiße Themen: eine AfD- Fraktion im Straßburger Europaparlament, die im Fall der Russland-Sanktionen, sich auf ein "nicht imperatives Mandat" berufend, mehrheitlich der Erfurter Parteitagsresolution zuwiderhandelt. Was soll man von einer Partei halten, die von der Basis permanent "Teamwork" einklagt, es aber zulässt, dass ihre Mandatsträger im Parlament sich nach eigenem Gutdünken positionieren? Wie will eine Partei mit autonomen Parlamentariern irgend etwas politisch bewirken? Schließlich die Statutpläne Luckes für die Führungsspitze: Warum überall Teamwork, an der Spitze aber nicht? Dort nur noch *ein* "Dirigent", *ein* "Cheftrainer"? Sind wir ein Orchester? Eine Fußballmannschaft? Die Kombination *unten Teamwork - oben Alleinherrschaft* ist besonders problematisch. Sie würde die AfD zu einer durch und durch autoritären Partei machen.

Weitere Probleme in der Partei: statt politischer Analyse moralisierende Aufrufe zum Konsens, dann Benimm-Katechismen (" Vorsicht mit Kritik ... keine Ironie" usw.) und immer wieder Brandmarkung sog. "Querulanten", die den so greifbar nahen Erfolg der Partei, sprich viele Mandate und bald auch Ministersessel, gefährden würden. Allgegenwärtig schließlich der Kotau vor dem rot-grünen Zeitgeist mit nicht enden wollenden Nicht- Diskriminierungsbekenntnissen. Hinter eher unpolitischem Herummoralisieren verschwinden die großen politischen Probleme: der US-Amerikanismus, der Islamismus etc. -- oder sollen sie vielleicht dahinter verschwinden?

Henkel und Lucke sind bekanntlich stark proamerikanisch ausgerichtet. Schon die Fraktionsbildung im Europaparlament mit den "Europäischen Konservativen und Reformisten" (EKR) machte das deutlich - im übrigen eine Entscheidung, die, obwohl von höchster politischer Bedeutung, nicht ansatzweise in der Partei diskutiert, sondern in einsamer Abgehobenheit von unseren Mandatsträgern in Straßburg entschieden wurde. Die EKR-Truppe, mit dem britischen Ministerpräsidenten David Cameron an der Spitze, kann als Vorhut einer dezidierten US-und

NATO-Politik in Europa gesehen werden. Darüber hinaus steht sie für einen rigorosen Wirtschaftsliberalismus, der - Finanzplatz London! - vor allem die Interessen der Börsen bedient. Dementsprechend Propaganda für TTIP, für Sanktionen gegen Russland usw. Wer dies anders sieht, ist "unvernünftig", "Intolerant", "unanständig" oder gar alles zusammen, wie es unser Chairman Henkel so schön auf den Punkt gebracht hat. Bis zu seinem Eintritt in die AfD war er Senior Advisor der *Bank of America*, so dass man seine Aufregung schon verstehen kann.

Oder nehmen wir das Thema *Islam*: In Umfragen betrachtet über die Hälfte der deutschen Bevölkerung diesen als eine Art Bedrohung. Bernd Lucke gehört nicht dazu, er betrachtet allenfalls den Begriff *Islamisierung* als problematisch. Seine Äußerungen zu PEGIDA unterscheiden sich kaum von denen eines Herrn Gauck oder Gabriel: die Organisatoren politisch brandmarken, die Sorgen der Teilnehmer aber ernst nehmen und mit ihnen diskutieren, aber – darauf kommt's an – auf keinen Fall mitdemonstrieren! Das Wichtigste dabei immer, dass die Moslems nicht diskriminiert werden. Auch der Koran wird explizit verteidigt. Dessen Aufrufe zur Vernichtung Andersgläubiger – wo fände man Vergleichbares im Neuen Testament – könnten durch historisch-kritische Exegese als letztlich nicht ernst gemeint aufgearbeitet werden. Dass Mohammed selbst seine Aufrufe immer wieder blutig in die Praxis umgesetzt hat, wird diskret tabuisiert. Wenn es freilich um notabene auch derbe Kritik von AfD-Mitgliedern an diesem Koran geht, werden die Glacéhandschuhe ausgezogen und sogar Parteiausschlussverfahren eingeleitet; und dies aufgrund von Äußerungen, die wir in ähnlicher Weise bei Churchill, Voltaire und anderen Geistesgrößen der abendländischen Kultur finden. Appeasement gegenüber Koran und Islam, Ausschlussverfahren gegen vielleicht auch mal über das Ziel hinausschießende innerparteiliche Islamkritiker -- quo vadis, AfD?

Der Amerikanismus, die aggressive Globalisierung der US-Politik, bedroht die politische Souveränität der Nationalstaaten und bedeutet Kriegsgefahr – in Europa ganz konkret einen Krieg mit Russland. Der Islamismus, die aggressive Politisierung des Islam, bedroht in Europa dessen kulturelle Identität und erhöht das Risiko innereuropäischer Bürgerkriege. Dabei geht es nicht nur um den terroristischen Islamismus, mit dem sich relativ wenige in Europa lebende Muslime identifizieren, sondern auch um den politischen Islamismus, wie er zum Beispiel von Erdogan, Davutoglu und Co. präsentiert wird. Zunächst sind es nur schweinefleischfreie Schulkantinen, dann wird die muslimische Tetragamie in der deutschen Krankenversicherung anerkannt; dann die Scharia mehr und mehr im deutschen Zivilrecht als parallele Gerichtsbarkeit toleriert und und und – eine schleichende Islamisierung, ein stiller Kampf der Kulturen, der nicht nur spontan, sondern durchaus gesteuert abläuft, gesteuert vor allem vom dem türkischen Religionsministerium in Ankara unterstehenden deutschen Moscheen-Verband DITIB. Europa soll "türkisiert" und islamisiert werden, so Erdogan und Davutoglu ganz offen. In Berlin, nach den blutigen Anschlägen in Paris, erklärt uns Letzterer, die "Wurzel des Problems"

sei nicht der Islam in Europa, sondern die Weigerung der Europäer, die Türkei in die EU aufzunehmen – eine Provokation wie auch der Vergleich von PEGIDA mit dem *Islamischen Staat*! Vor 3000 Landsleuten im Berliner Tempodrom prophezeit Davutoglu dann, sein Land würde bis zum Jahr 2023 eine Weltmacht sein, wie einst das osmanische Reich. Schließlich der Aufruf an die Muslime in Europa: "Ihr seid nicht allein. Die Türkei ist da, euch zu beschützen" -- die Türkei also die Schutzmacht der europäischen Islamgläubigen – eine unverhohlene Drohung an die Souveränität der europäischen Staaten und eine Kampfansage des politischen Islamismus an Europa! Besonders problematisch ist diese dadurch, dass sehr viele, mutmaßlich die Mehrheit der bei uns lebenden türkischen Moslems hinter Erdogan steht, sich mit dessen Politik identifiziert und dadurch eine Massenbasis für politischen Islamismus in Deutschland bildet. Sollen wir zuschauen, wie vor unseren Augen, nach dem Muster des neu erschienenen Buches von Houellebecq, eine Situation entsteht, in der ein Statthalter Erdogans deutscher Bundeskanzler wird?

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Er ist nicht prägend für die europäische Kultur, wie dies zuletzt Volker Kauder in dankenswerter Deutlichkeit formuliert hat. Auch die in Deutschland lebenden Islamgläubigen gehören nur dann zu Deutschland, wenn sie sich vom terroristischen und in gleicher Weise aktiv und glaubhaft vom politischen Islamismus distanzieren. Wer dies nicht tut, stellt eine politische Bedrohung für unser Land dar.

Darum sollte es gehen, wenn man über den Islam diskutiert! Nicht um ausufernde Nicht-Diskriminierungsbekennnisse und (selbstverständliche) Distanzierungen von terroristischer Gewalt! Die europäische Politik muss sich ihrer Situation zwischen der Skylla eines aggressiven US-Amerikanismus und der Charybdis eines bedrohlichen Islamismus bewusst werden! Dann schafft sie auf dem Weg zu einem neuen Europa die gefährliche Navigation durch diese politische Meerenge. Mit den sog. Altparteien geht das sicher nicht. Es wäre dies die historische Mission der AfD.

Ob sie ihr gerecht werden kann, hängt nicht zuletzt vom politischen Programm ab, das wir demnächst verabschieden wollen. Werden wir damit die West- und NATO-Einbindung Deutschlands verstärken und uns noch mehr den globalen Interessen der USA unterwerfen? Oder werden wir unsere eigenen Interessen wahrnehmen und uns frei machen für verstärkte Kooperationen und gegebenenfalls auch neue Bündnisse mit den BRICS-Staaten und anderen?

Werden wir uns in der Europapolitik mit müdem Lamento über die progredient supranationalistische Entsouveränisierung Deutschlands durch die EU-Macher begnügen? Oder werden wir ein klares intergouvernementales, die Souveränität Deutschlands voll bewahrendes Europakonzept durchsetzen, gegebenenfalls auch mit Austrittsdrohungen?

Werden wir eine Zuwanderungspolitik befürworten, die vor allem auf ökonomische Effizienz ausgerichtet ist (kanadisches Modell), oder geht es uns mehr noch darum, den

deutsch-europäischen Charakter unseres Landes langfristig zu bewahren? Ist uns im Zweifelsfall ökonomische Effizienz oder kulturelle Identität das wichtigere Gut?

Schließlich: Müssen wir uns beim Thema *Islam* vor allem darum sorgen, dass unsere muslimischen Mitbürger sich nicht diskriminiert fühlen – als ob es dafür nicht schon genügend Parteien gäbe? Oder geht es vor allem darum, im politischen Islamismus eines Herrn Erdogan und seiner DITIB eine ernsthafte Bedrohung Europas zu erkennen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen? Gerade durch Verteidigung einer nicht zuletzt christlich basierten europäischen Leitkultur?

Solche Grundsatzfragen sind keine Expertenprobleme, die in "Fachausschüssen" etc. geklärt werden können. Sie stellen politische Willensentscheidungen dar, die von den Basisorganen der Mitglieder getroffen werden müssen. Dann erst können Kommissionen eingerichtet werden, die die politischen Vorgaben auszuformulieren und für eine Programmverabschiedung tauglich zu machen haben. Es wäre sinnvoll, wenn die Partei durch diesen oder spätestens durch den nächsten Parteitag entsprechende programmatische Richtpflöcke einschläge, was bislang nicht geschehen ist.

Darüber hinaus ist es ungünstig, dass die Programmdiskussion vom übrigen Diskussionsprozess der Partei abgespalten wird und man immer wieder hört, dies oder jenes sollte nicht in offenen Foren, sondern in den "zuständigen" Fachausschüssen besprochen werden -- eine bürokratische Konstruktion, die der Programmdiskussion nicht nur Lebendigkeit und Breite nimmt, sondern sie - noch schlimmer - einer Richtlinienkompetenz des Bundesvorstands unterwirft. Dafür sorgt ein spezielles Statutenkonstrukt, durch das die Diskussion auf allen Ebenen von den jeweiligen Vorständen gefiltert werden kann und das, was dann im Herbst davon beim Bundesparteitag ankommt, auf jeden Fall kompatibel mit den Vorstellungen der Mehrheit im Bundesvorstand ist. Auf der anderen Seite dürften programmatische Positionen, wie zum Beispiel eine wesentliche Lockerung des transatlantischen Bündnisses, kaum Chancen haben, dem Parteitag überhaupt als Abstimmungsalternative zur Verabschiedung vorgelegt zu werden. Deshalb macht es Sinn, einen überregionalen Arbeitskreis zu organisieren, der auch grundsätzliche Programmalternativen im oben angedeuteten Sinn entwickelt und diese gegebenenfalls dem Parteitag alternativ vorlegen kann.

Wer an einem solchen Arbeitskreis mitwirken will, wende sich bitte an die unten angegebene E-Mail-Adresse. Artikel, die die hier dargelegten Probleme weiter ausführen, finden Sie unter anderem auf meiner Webseite www.wgmeister.de

Mit freundlichen Parteigrüßen

25. 1. 2015 W. Gedeon (w.gedeon@kabelbw.de)